



Beschluss der Mitgliederversammlung 2009
- Antrag der Kosovo-Reisegruppe der JEB -

Mehr EULEX fürs Kosovo!
Mehr Transparenz und Öffentlichkeit für EULEX!

Das Kosovo sieht sich konfrontiert mit einer Vielzahl administrativer, rechtsstaatlicher und ethnischer Probleme als Folge des Konflikts mit Rest-Jugoslawien (Serbien). Die internationale, besonders die europäische Gemeinschaft engagiert sich nun seit zehn Jahren in dieser Nachkriegs-Region. Das Ziel des Engagements der EU besteht darin, demokratische, rechtsstaatliche und souveräne politische Verhältnisse im Kosovo wieder herzustellen. Wir begrüßen das ausdrücklich. Aber die Unzufriedenheit mit der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union (EULEX) im Kosovo nähert sich den schlechten Zustimmungswerten ihrer Vorgängermission, der United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK), an. Nach unserem sehr intensiven einwöchigen Besuch bei der JEF Kosovo und vielen Behörden, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen sehen wir es als Teil unserer Aufgabe an – ohne uns anzumaßen, die Mission insgesamt bewerten zu können – auf Missstände aufmerksam zu machen und kluger Kritik vor Ort auch in den Entsendeländern der Mission Gehör zu verleihen. Wenn die Mission Erfolg bringen soll, dann ist ebenfalls eine höhere Akzeptanz in der kosovarischen Gesellschaft nötig. Wir möchten dazu beitragen.

Es liegt in der Natur von politischen Debatten, dass Themen nur für begrenzte Zeit im Fokus der kollektiven Aufmerksamkeit verbleiben. Dass die EULEX-Mission, die größte Auslandsmission der EU jemals, fast völlig aus dem öffentlichen Bewusstsein in Europa verschwunden ist, liegt paradoxerweise auch daran, dass Schreckensszenarien wie Gewalterruptionen anlässlich der Unabhängigkeitserklärung ausgeblieben sind. Das Desinteresse innerhalb der EU und der scheinbare Erfolg der Mission hängen eng miteinander zusammen. Unvollständig ist dieser Erfolg, weil nur die KFOR in Kosovo weiterhin eine sehr große politische Zustimmung genießt und als wichtiger Garant für den Erhalt der erreichten Stabilität gilt, die offensichtlich auch von allen Bevölkerungsgruppen als alternativlos betrachtet wird.

Die EULEX dagegen hat anspruchsvolle Zielsetzungen und die Menschen im Kosovo entsprechende Erwartungen an diese, die über Stabilität im Sinne von öffentlicher Gewaltlosigkeit und äußerer Sicherheit weit hinausgehen. Eine übertriebene Fokussierung der EULEX auf einen stabilen Status quo vernachlässigt die Frage nach der Qualität der Demokratie, der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und weniger sichtbaren, aber potentiell viel bedeutenderen Sicherheitsproblemen, vor allem organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel und Korruption im Bereich der dominanten staatlichen Beschaffung und Wirtschaftstätigkeit. Im Kosovo resultiert aus dieser einseitigen Schwerpunktsetzung der EULEX und des International Civilian Office bzw. EU Special Representative (ICO/EUSR), aktuell der Niederländer Pieter Feith, eine wachsende Unzufriedenheit. Ohne aktivere Eingriffe von EULEX Polizei und Richtern gegen ökonomische Kriminalität könnte diese gegenüber der restlichen Ökonomie dominant werden und nachhaltiges Wachstum untergraben und damit den Menschen im Kosovo die Chance nehmen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Gerechtigkeit scheint geboten. Der dabei unvermeidliche Widerstand und wachsende Kontroversen um die Mission sind nur durch noch mehr Offenheit gegenüber der Bevölkerung, Medien und organisierter Zivilgesellschaft überwindbar. Gleiches gilt für aktuelle Vorwürfe gegenüber EULEX, zu einseitig serbische Interessen zu berücksichtigen und auch intern nicht frei von Korruption zu sein.

Die Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e. V. fordert die Parlamentarier und Regierenden der EU und der Mitgliedsländer der „Kontaktgruppe für Kosovo“ auf, ihrer Verantwortung tatsächlich gerecht zu werden. Aus unseren zahlreichen Treffen mit Akteuren vor Ort schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- (1) **Kontrolle für die Kontrolleure:** Wir fordern mehr Beschäftigung des Bundestages mit der EULEX-Mission und ihrem Auftrag! Wir empfehlen eine aktive Einbindung von Kosovo-Parlamentariern und zivilgesellschaftlichen Organisationen in diese parlamentarische Kontrolle der EU-Außenpolitik.
- (2) **Erhöhung der Richtergehälter:** Wir fordern eine Verringerung des aktuellen Abstands (15-20fach) zwischen den Gehältern kosovarischer Richter und denen ihrer EULEX-Kollegen. Wir fordern mehr Nachwuchsförderung innerhalb des kosovarischen Rechtssystems, um den Generationen und Mentalitätswechsel aktiver zu gestalten.
- (3) **Zeugenschutz:** Wir fordern die EU-Staaten auf, für Kronzeugen in Prozessen gegen wirtschaftliche Schwermriminalität im Kosovo Zeugenschutz in ihren Ländern anzubieten. Wir rufen dazu auf, die aktuelle Zurückhaltung fallen zu lassen, weil sonst die eigenen Investitionen in das Justizsystem nicht aufgehen werden.
- (4) **EULEX-Evaluation:** Wir fordern mehr Transparenz über die Arbeit der EULEX-Mission (und der von ICO/EUSR). Wir wollen wissen, wie viele Fälle zur ökonomischen Kriminalität dank internationaler Unterstützung vor Gericht gekommen sind und wie sie sich entwickeln.
- (5) **Visa-Erleichterung:** Die Haltung der EU bei Visa-Erleichterungen für Staaten des Westlichen Balkans erscheint inkohärent, zum einen weil EULEX für Bereiche mit zuständig ist, in denen Versäumnisse zugleich angeführt werden, um den Ausschluss des Kosovo von den Visa-Erleichterungen zu begründen. Zum anderen, weil Visa-Freiheit für Serbien, nicht aber für das Kosovo bedeutet, dass nur einige Bewohner/innen des Kosovo diese nutzen können. Derartige Ungerechtigkeiten sollten so schnell wie möglich überwunden werden.

Die Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e. V. gratuliert der JEF-Kosovo zu ihrem großen Schritt beim Europakongress der JEF in Florenz hin zur Vollmitgliedschaft bei der JEF Europe. Wir anerkennen ausdrücklich die konstruktive Position der JEF Serbien und der JEF Sektionen aus Staaten, deren Regierungen die Unabhängigkeit des Kosovo noch nicht anerkannt haben. Die Landesversammlung der JEB fordert weitere Schritte innerhalb der JEF:

- (6) **JEF Europa:** Wir wünschen uns ein Seminar mit JEF Sektionen aus das Kosovo anerkennenden und nicht-ankennenden Staaten mit JEF Serbien und JEF Kosovo, um auch innerhalb der JEF nach Lösungen zu suchen und zur Verständigung zwischen den beiden Staaten und den Gemeinschaften beizutragen. Wir glauben, dass viele Probleme nur durch einen notwendigerweise langsamen Wandel der Gesellschaften gelöst werden können und dass wir als Zivilgesellschaftsorganisationen besondere Verantwortung haben, den Regierungen in der Verständigung voranzugehen.
- (7) **JEB Berlin-Brandenburg:** Die MV beauftragt den Vorstand zu prüfen, ob die nächste Reise der JEB nach Serbien stattfinden kann, um eine der wichtigsten anderen Seiten des Konflikts besser verstehen und in unsere Arbeit einbinden zu können. Zudem würden wir uns über einen Gegenbesuch der JEF Kosovo und anderer lokaler Partner freuen. Eine AG Balkan sollte versuchen, unsere Position über die Interessen junger Menschen im Kosovo und innerhalb der EU gegenüber den Parlamenten, Regierungen und Behörden in Deutschland und Europa zu erarbeiten, indem Informationsveranstaltungen, Seminare und Diskussionen mit Politikern und Europaexperten verschiedener Fachrichtungen organisiert werden.